

Austeritätspolitik – Königsweg oder Dornenpfad der Wirtschaftspolitik?

Klaus Gretschmann¹

1. Austerität - welche Austerität?

Sowohl ökonomisch wie auch politisch ist der Austeritätsbegriff unscharf und mehrdimensional. Bob Jessop bezeichnet dies als die *mehreren Austeritäten*. Sparpolitik, Deflationspolitik, Konsolidierungspolitik, restriktive Einkommens- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zu neoliberaler Wirtschaftspolitik bilden den Kontext i.w.S.

Im engeren Sinn geht es um die Begrenzung von staatlicher Kreditfinanzierung bzw. Schuldenbegrenzung, wenn Staatsausgaben nicht mehr durch sog. fundierte Staatseinnahmen (Steuern und Gebühren) gedeckt werden können. Eine „strenge“ staatliche Haushaltspolitik, bis hin zu einem ausgeglichenen Haushalt bzw. einer Nettoneuverschuldung von nahe Null ist die Zielsetzung von Austeritätspolitik.

Allerdings werden in der Staatswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft zwei Einschränkungen akzeptiert:

- „*Ein Staat ohne Staatsschuld thut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart*“ schrieb der Finanzwissenschaftler Lorenz von Stein schon 1871 und bezieht sich auf das „pay-as-you-use“ Prinzip (künftige Nutzer von langlebiger Infrastruktur sollen über Schuldentilgung an den Gesamtkosten beteiligt werden (intergenerative Verschuldungswirkung). Bei Finanzpolitikern deutscher Provenienz klingt das ganz anders: *„Schulden machen heißt die Zukunft verspielen“* oder *„Belastung künftiger Generationen müssen vermieden werden“*.
- Antizyklisches *deficit-spending*, aus konjunktur- und stabilisierungspolitischen Gründen: Würde der Staat im Abschwung Ausgaben kürzen (da die Steuereinnahmen sinken), so würde er den gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall verschärfen. Daher soll er seine Ausgaben mittels Kreditfinanzierung aufrechterhalten oder als „fiskalischen Impuls“ sogar ausweiten.

2. Austerität oder expansive Wirtschaftspolitik - wer ist der Hegemon?

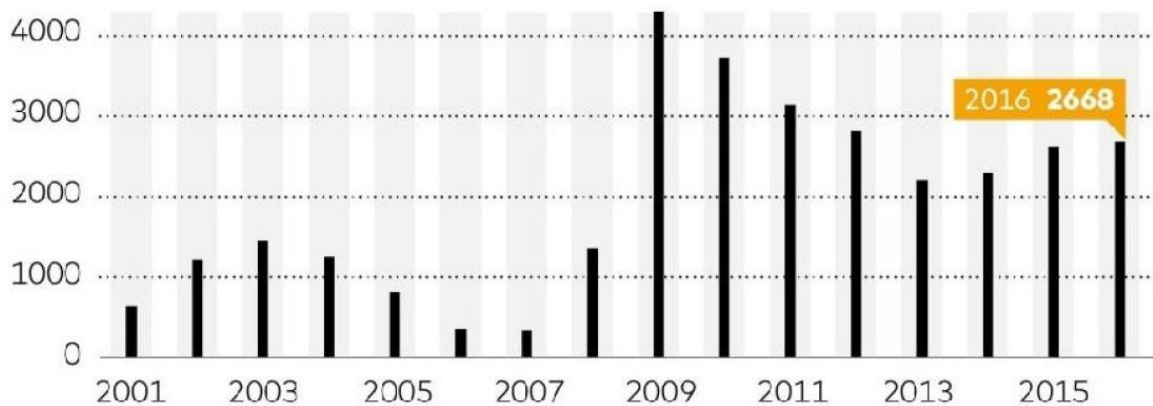
Politisch ist Austeritätspolitik ein *Legitimations- bzw. Kampfbegriff* um die Rechtfertigung wirtschaftspolitischer Konzepte. Dahinter stehen verschiedene Positionen, Probleme und Effekte:

¹ Siehe Website: www.kgr-consilium.eu

- Die Schuldenragfähigkeit – kurz-, mittel- und langfristig (Zinsen und Tilgungslasten)
- Die Angst vor dem fiskalischen Zusammenbruch – insbes. nach der Finanzkrise von 2009 ff
- Die Angst vor Trittbrettfahrerhaltungen einzelner – überschuldeter – Staaten („Club Med“)
- Die Vermeidung von zu schneller und zu tiefer Integration in EU – Stichwort: Fiskalunion
- Die Sicherung des Stabilitäts- und Wachstumspakts als Grundlage der gemeinsamen Währung (3% und 60% sind allerdings willkürliche Ziele; Reform des korrektiven und präventiven Arms)
- Die Ziehung einer roten Linie gegenüber fiskalpolitischer Verantwortungslosigkeit von auf Zeit gewählten Politikern (deutsche Schuldenbremse)

In der Tat zeigen die IWF und OECD Statistiken eine Art Niveaushiftungseffekt bei weltweiter staatlicher Kreditaufnahme:

Staatliche Nettokreditaufnahme weltweit in Milliarden Dollar



Insbes. die schwierige und äußerst diversifizierte Wirtschaftsentwicklung innerhalb der EU führt zu erheblichen Interessenkonflikten und Auseinandersetzungen um die richtigen Konzepte. So argumentieren viele, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Mitgliedsländer (welche?) in einer Falle gefangen hält und sie daran hindert die gesamtwirtschaftliche Nachfrage (die Summe aus Konsum- und Investitionsgütern) zu stabilisieren. Das deutsche Mantra von strukturellen Reformen nebst Defizitabbau, das nach dem Schock der Euro-Krise das Gebot der Stunde schien, verliert immer mehr Unterstützer. Gleichzeitig wächst das Lager der Gegner. Insbes. seit dem Brexit Referendum der Briten steht Deutschland in der Riege der großen Wirtschaftsnationen ziemlich allein (siehe die jüngste Herbsttagung des IWF). Der Druck politischer Institutionen und Akteure (IWF, EZB, FR, IT etc.) nimmt zu!

3. Quo vadis - Gibt es einen dritten Weg?

Entscheidende Kriterien für die Wahl der richtigen Strategie zwischen Austerität und Fiskalexpansion sind die folgenden:

- Art der kreditfinanzierten Ausgaben – produktiv versus konsumtiv?
- Erfolgt in Normalzeiten ausreichende Schuldenrückführung?
- Ist das Schuldenstandsniveau noch nicht überreizt?
- Wie ist die Situation in den einzelnen EU Mitgliedsstaaten? Unterschiedliche wirtschaftspolitische Regime!
- Wie ist eine passende Abstimmung von Geldpolitik (zentralisiert) und Fiskalpolitik (national) erreichbar?
- In der Krise sollten Produktmärkte (bei Reform steigt Investitionsneigung) „liberalisiert“ und Arbeitsmärkte (bei Entlassungen Nachfrageausfall) NICHT reformiert werden. Finanzmärkte sollten „kontrolliert“ werden.
- Ganz entscheidend für eine positive Wirkung der Nicht-Austeritätspolitik ist die Frage der Multiplikatoren: Paul Krugman oder Christina Romer, gehen davon aus, dass ein Euro schuldenfinanzierter Staatsausgaben das Volkseinkommen um ca. 1,5 und 1,6 Euro erhöht, während Skeptiker Zweifel an der Wirksamkeit kreditfinanzierter Ausgabenprogramme haben. Ihren Berechnungen zufolge liegt der Faktor eher zwischen 0,6 und 0,7.
- Wichtig ist eine differenzierte Fiskalpolitik, die nationalen Gegebenheiten entspricht: So sollte DE gegenwärtig bei guter Konjunkturlage KEINE expansive Ausgabenpolitik betreiben, während andere Länder mit stark rezessiven Tendenzen keine Sparpolitik betreiben sollten.

4. Die Rhetorik wird schärfer – die Erwartungssicherheit nimmt ab

Die Debatte um den wirtschaftspolitisch „richtigen“ Kurs ist nicht neu. Neu ist eher die internationale Verbissenheit mit der diese Debatte geführt wird. Insbes. in den Medien sind zwei Effekte zu vermerken:

Zum einen fehlt eine abgewogene, die pros und cons thematisierende Berichterstattung. Je nach politischer Couleur der jeweiligen Medien und dem ökonomischen Verständnis der Autoren wird Austeritätspolitik verurteilt oder in den Himmel gelobt.

Zum anderen werden viele sehr differenzierte Argumente des „für“ und „wider“ der staatlichen Schulden- bzw. Sparpolitik nicht aufgegriffen, da man dem breiten Publikum eine solche „schwierige“ Diskussion nicht zumuten will: Ungeklärt sind Fragen der intergenerativen und interpersonellen Belastungswirkungen der öffentlichen Verschuldung; die Frage des Niveaushöheneffekts (immer höhere Schuldenstandszahlen); der mangelnde politische Wille in einigen politischen Camps sich auf Schuldenrückführung in positiven Konjunkturphasen einzulassen; wieviel vorübergehender Nachfrageschwäche, einerseits und wieviel mangelnde preislicher Wettbewerbsfähigkeit, überregulierte Arbeitsmärkten, schlechte Steuersysteme und Ausbildungsschwächen andererseits verlangen nach wirtschaftspolitischem Handeln.

Angesichts dieser schwierigen Gemengelage sowie der oft spekulativen Aussagen und Empfehlungen von Medien und Zivilgesellschaft erhöht sich die Erwartungsunsicherheit bei den Akteuren und Betroffenen. Mangelnde Erwartungssicherheit aber ist die für wirtschaftliche Akteure schlimmste Konstellation.